

... und wieder haben wir Ursache, uns zu freuen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **38 (1983)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

. . . und wieder haben wir Ursache, uns zu freuen

Im «Badischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt» lasen wir, wie der Ernährungsminister seines Landes, Weiser, die Beratung für den alternativen – den biologischen – Landbau von Staates wegen ausbauen will.

Minister Weiser baut Beratung für den Alternativen Landbau aus

In einem Erlaß hat das baden-württembergische Ernährungsministerium jetzt alle Dienststellen der Landwirtschaftsverwaltung angewiesen, ihre Tätigkeit auf dem Gebiet des alternativen Landbaus zu aktivieren. Damit soll nach Auskunft von Landwirtschaftsminister Weiser ein flächendeckendes Angebot für die Beratung alternativ wirtschaftender Betriebe gewährleistet werden. Seit 1978 seien in speziellen Lehrgängen, die fortgeführt werden sollen, Lehr- und Beratungskräfte für ihre erweiterte Beratungstätigkeit ausgebildet worden. Für die sachgerechte Beratung alternativ wirtschaftender Betriebe, würden jetzt in den vier Regierungsbezirken des Landes jeweils sechs bis sieben Berater zur Verfügung stehen, die über ihren jeweiligen Dienstbezirk hinaus eingesetzt werden sollen.

Weiser hat darauf hingewiesen, daß sich die Landwirtschaftsverwaltung in ihrer Haltung gegenüber dem alternativen Landbau vom Grundsatz der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung leiten lassen müsse. Im Ernährungsministerium werde darüber hinaus geprüft, ob an den Landwirtschaftsschulen ein spezieller Unterricht über alternative Landbaumethoden eingerichtet werden soll. Für Forschungsvorhaben über Fragen des biologischen Landbaus habe das Ministerium seit 1973 rund 1 Million DM an Landesmitteln bereitgestellt, erklärt Weiser. Von diesen umfangreichen Aktivitäten verspricht sich der Minister auch wertvolle Impulse für die gesamte Landwirtschaft. Gleichzeitig sollen damit die Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion um das Für und Wider des alternativen Landbaus geschaffen werden.

★

Wer hätte vor kurzer Zeit noch geglaubt, daß so etwas einmal

möglich würde? Heute ist es Tatsache. Der Minister erhofft sich davon Impulse für die gesamte Landwirtschaft.

Gleichzeitig erhofft er sich damit auch die Voraussetzungen für eine sachliche Aussprache um das Für und Wider des alternativen Landbaus zu schaffen.

Haben wir da nicht allen Grund, uns über eine so weitausschauende, objektive Wertung auch unserer Anbauweise aufrichtig zu freuen? Dabei sind wir uns wohl bewußt, daß unserer organisch-biologischen Anbauweise durch das Eingreifen des Staates auch Gefahren erwachsen können. Sie werden aber gemeistert und überwunden werden, wie die Hindernisse, die unserer Idee einst in den Weg getragen wurden. Das wird dann der Fall sein, wenn unser Lebenskreis froh und lebendig wie bis heute vorangeht.

«Alternative» Betriebe: Weniger Gewinn

Diese im «Bayrischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt» erschienene Überschrift für Ausführungen über eine vergleichende Untersuchung «alternativer» und konventioneller Betriebe ließ mich nicht achtlos an ihr vorübergehen. Auch, wenn die Zahlen aus dem Bonner Agrarbericht stammen, ist ihre vergleichende Beweiskraft keine große. Nicht nur weil die Zahl der biologisch wirtschaftenden zu klein ist, um ein schlüssiges Vergleichsergebnis zuzulassen. Ganz abgesehen davon, müßten wir wissen, wie weit die Produktionsgrundlagen und -voraussetzungen dieser Betriebe einen Vergleich mit den offiziellen Werten überhaupt zulassen.

Wir freuen uns trotzdem, es ist heute soweit, daß die offizielle Landwirtschaft nicht mehr um eine Auseinandersetzung mit unserer organisch-biologischen Anbauweise herumkommt.

Auch, wenn dies vorläufig mit solch hinkenden Vergleichen geschehen muß. Wie die Wirklichkeit in den organisch-biologisch geführten Betrieben aussieht, dafür ist der Öffentlichkeit der Zustand der Kulturen auf Feldern, Äckern und Gärten und die Zahlen in den Milchsammelstellen in den Dörfern Beweis. Dies sind die Tatsachen, die die Grundlagen zu wirklichen Vergleichen mit den offiziellen Werten bilden! Sie sind auch die Voraussetzung der

Nervosität, mit der sich die bisher führende Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft mit unserer Anbauweise auseinandersetzt.

Doch lassen wir nun den im «Bayrischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt» erschienenen Vergleich trotzdem folgen – auch, wenn er nur beweisen müßte, was als Ergebnis zum vornherein feststeht. Die Gewinne in den «alternativ» bewirtschafteten Betrieben sind offensichtlich doch geringer als vielfach angenommen und kommen allem Anschein nach nicht an die Ergebnisse der übrigen Landwirtschaft heran. Das zeigt eine Untersuchung über die Ertragsituation alternativ bewirtschafteter Betriebe, die erstmals im Bonner Agrarbericht vorgenommen wurde. Die Untersuchung kann allerdings noch nicht als repräsentativ gelten, weil lediglich die Buchführungsergebnisse von 20 Betrieben ausgewertet werden konnten. Insgesamt gibt es derzeit im Bundesgebiet rund 700 Betriebe mit sogenannten alternativen Wirtschaftsformen.

Die untersuchten alternativen Betriebe unterscheiden sich von den konventionellen vor allem durch niedrigen Aufwand für Düngemittel und Pflanzenschutz einerseits sowie durch hohe Erzeugerpreise andererseits. Während die Haupterwerbsbetriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1981/82 in der Bundesrepublik im Durchschnitt je Hektar 381 DM für Düngemittel und 99 DM für Pflanzenschutz ausgaben, waren es in den Alternativbetrieben 49 DM für Düngemittel und nur 3 DM für Pflanzenschutz.

Der Unternehmensaufwand insgesamt betrug in allen Haupterwerbsbetrieben je ha 4780 DM, in den alternativen Betrieben nur 2892 DM. Aber trotz teilweise höherer Erzeugerpreise konnte mit dem relativ geringen Aufwand bei geringeren Hektarerträgen nur ein Unternehmensertrag von 3800 DM erzielt werden gegenüber 5858 DM im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe. Einem durchschnittlichen Hektarertrag von 45,1 dt Getreide und 292,5 dt Kartoffeln sowie 4563 kg Milchleistung je Kuh in den konventionellen Haupterwerbsbetrieben standen in den Alternativbetrieben nur 35,2 dt Getreide und 160,3 dt Kartoffeln je ha sowie 3477 kg Milch je Kuh gegenüber. Bei den Preisen war es umgekehrt: Im Vergleich zu 79,54 DM je dt Weizen und 85,24 DM je dt Roggen sowie 49,15 DM je dt Kartoffeln im alternativen Landbau erzielte der Durchschnitt der konventionellen Haupterwerbsbetriebe für Weizen nur 47,93 DM, für Roggen 44,27 DM und für verkaufte Kartoffeln 19,93 DM je dt.

Geringere Erträge führten trotz niedrigerem Aufwand und erheb-

lich höherer Preise bei relativ hohem Arbeitskräftebesatz dazu, daß die alternativ bewirtschafteten Betriebe mit 908 DM je ha und 19 978 DM je Familienarbeitskraft geringere Gewinne als die Haupterwerbsbetriebe insgesamt mit 1078 DM ja ha und 22 267 DM je Familienarbeitskraft erzielten.

Bundesrepublik bald bodenlos?

Wir entnehmen die folgenden kurzen Ausführungen der in Kaiserslautern erscheinenden Zeitschrift «ifoam».

Alarmsignale der Gefährdung unseres Umweltgutes «Boden» können jetzt nicht mehr überhört werden: Bonner Bundesministerien haben ein Schutzprogramm für den Grund unter unseren Füßen eingerichtet. Aus einer internen Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit geht hervor: Heute ist bereits auf acht Prozent unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche die Verseuchung des Bodens mit Schadstoffen so hoch, daß dort keine Lebensmittel mehr angebaut werden sollten. Das Ministerium hat 2,127 Millionen ha kontaminierter Fläche errechnet. Gesamtwert: acht Milliarden DM. Als Verursacher werden Industrie und Verkehr genannt. Hinzu kommt, daß elf Prozent der Bundesrepublik Deutschland überbaut und damit größtenteils versiegelt sind. Diese Fläche nimmt täglich um 100 ha zu – etwa die Fläche von 40 Fußballplätzen. Die Neubildung von Grundwasser wird dadurch empfindlich geschwächt.

Flächenverbrauch, Schadstoffeintrag und Bodenerosionen verlangen eine umfassende Schutzkonzeption. Eine Anfang des Jahres in Bonn eingerichtete interministerielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe «Bodenschutzprogramm» – Vorsitz: Hessen – hat jetzt mit dem Entwurf eines solchen Konzeptes begonnen.

Außerdem prüfen Innen-, Landwirtschafts- und Forschungsministerium sowie Deutsche Forschungsgemeinschaft, wie das geplante «Beispielhafte Projekt Süd-Oldenburg» finanziert werden kann. Dort ist der Boden besonders stark belastet und übersäuert. Diese Forschungsarbeit wird voraussichtlich fünf bis zehn Jahre dauern und nach den vorliegenden Schätzungen jährlich drei Millionen Mark kosten.

Anne-Lydia Edingshaus, «Bild der Wissenschaft»